



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

November 2023

Senior*innenbrunch der LINKEN: Ein voller Bürgersaal



Die LINKE. wird ernst genommen: Mehr als 50 Senior*innen waren der Einladung von Deniz gefolgt. Und es wurde lebhaft diskutiert, viele Themen wurden angesprochen, vor allem aus dem Sozialbereich. Mehr auf S. 5; Foto: Fraktion DIE LINKE.

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe:
Freitag, 1.12.2023

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Unsere Zukunft beginnt jetzt	S. 2
Doku-Empfehlung zum Antisemitismus	S. 4
Veranstaltungen 9. November	S. 4
AG Seni: Brunch + Infostände	S. 5
Nachruf Willi Mittelstädt	S. 6
Tarifkampf öff. Dienst der Länder	S. 7
Tarifkampf Handel	S. 8
Termine / Kontakt	S. 10
Anhang:	
Über den Tellerrand: Zahlungsaufforderung	

Unsere Zukunft beginnt jetzt: Die LINKE als Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Klimaschutz stärken!

Die Demokratie rutscht in die Krise. Viele Menschen kommen immer schlechter über die Runden, die soziale Ungleichheit wächst, während die Unternehmensgewinne durch die Decke gehen. Die Klimakatastrophe spitzt sich zu, aber die Ampel-Regierung scheut den Konflikt mit Lobbyisten und Konzernen. Stattdessen gibt die Ampel dem rechten Kulturkampf immer weiter nach und legt einen Kürzungshaushalt vor. Nur für Krieg und Aufrüstung soll es mehr Geld geben.

In dieser kritischen Situation übernehmen wir die Verantwortung, die uns als demokratisch-sozialistischer Partei zukommt. Die LINKE verbindet viele unterschiedliche Traditionen und Erfahrungen. Wir stellen die Eigentumsfrage und kämpfen für soziale Gerechtigkeit. Wir stellen die Profitorientierung in Frage und stellen den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt der Wirtschaft. Wir wollen die Unternehmen der Daseinsversorgung in Gemeineigentum mit demokratischer Kontrolle überführen. Wir unterstützen die Gewerkschaften bei ihrem Kampf um gute Löhne und gute Arbeit. Wir wollen Armut abschaffen. Wir zeigen klare Kante gegen rechts und verteidigen Demokratie und Menschenrechte – für alle und überall. Wir setzen uns ein für Abrüstung und Frieden statt für Rüstungsexporte und eine neue Blockkonfrontation.

Die Zielsetzung unseres Erfurter Programms gilt weiter: „Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus. [...] Wir gehen aus von den Traditionen der Demokratie und des Sozialismus, der Kämpfe für Menschenrechte und Emanzipation, gegen Faschismus und Rassismus, Imperialismus und Militarismus. Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden und in denen ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden.“

Wir sind politischen Angriffen ausgesetzt. Vom politischen Gegner: Die Ampel, die das Wahlrecht verändert, um uns zu schaden, und von den Rechten ohnehin. Das kennen wir aus unserer Geschichte und der langen Geschichte der sozialistischen Bewegung. Dagegen gilt es solidarisch zusammenzustehen.

In dieser Situation haben heute mehrere Bundestagsabgeordnete um Sahra Wagenknecht ihren Austritt aus der LINKEN erklärt und die Gründung einer eigenen Partei angekündigt. Ihr Vorgehen ist ein Angriff auf die einzige im Parlament vertretene linke Partei in diesem Land. Er zielt auch auf die gesellschaftliche Linke als Ganzes. Mit den auf der Grundlage des linken Programmes und durch den Wahlkampf unserer Mitglieder erworbenen Mandaten und Ressourcen darf keine konkurrierende Partei aufgebaut werden.

Gleichzeitig endet heute eine jahrelange Hängepartie, in der eine kleine Gruppe von Mandatsträgern systematisch demokratische Beschlüsse unserer Partei missachtet und versucht hat, ihr einen anderen Weg aufzuzwingen. Die Äußerungen auf der heutigen Pressekonferenz zeigen wohin die Reise politisch geht: An vielen Punkten hat sie den linken Grundkonsens verlassen. Die Betonung von konservativen Werten, die Orientierung an der ordoliberalen Wirtschaftspolitik, die Offenheit für Unternehmensspenden, die Verschiebung des jetzt nötigen Klimaschutzes und Umbaus in eine ferne Zukunft, die Forderung, Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber komplett zu streichen, nach Grenzkontrollen und Abschottung – all das ist unvereinbar mit dem Erfurter Programm der LINKEN.

Wir halten es für gefährlich in Zeiten des Rechtsrucks in den Chor derer einzusteigen, die Geflüchtete und Migration zum Problem erklären, statt der ungerechten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums.

Wir bedauern, dass sich Mitglieder – insbesondere jene aus der Gründungszeit der LINKEN – aus der Partei zurückgezogen haben. Wir müssen uns selbstkritisch hinterfragen, wie wir tiefliegende Probleme der LINKEN angehen. Dazu haben wir jetzt eine echte Chance. In diesem Sinne appellieren wir an jene Mitglieder, die gerade mit sich ringen, ob sie in der Partei bleiben oder sich zurückziehen: bleibt in der LINKEN und lasst uns unsere Partei solidarisch weiterentwickeln.

Mit dem heute bekannt gewordenen Parteiaustritt einiger Abgeordneter und Mitglieder ist die Zeit der destruktiven Selbstbefassung unserer Partei, die uns von diesen aufgezwungen wurde, um uns und unsere Politik schlecht zu reden, beendet. Mit dem heutigen Tag steht unser Einsatz für ein Leben in Menschenwürde als wichtigste unserer Aufgaben im Vordergrund - denn DIE LINKE hat jetzt eine große Verantwortung. Deswegen ver-

teidigen wir sie, deswegen wollen wir sie stärken. Wir werden aus dieser Krise eine Chance machen, damit wir die starke linke Opposition sein können, die diese Regierung verdient. Das sind wir den abhängig Beschäftigten, den vielen Menschen ohne mächtige Lobby und viel Geld schuldig.

Wir halten fest:

1. Die Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE und die gleichzeitige Mitgliedschaft in einem Verein, der dem Aufbau einer anderen Partei dient, schließen sich politisch aus. Wir sind uns einig, dass sich die Mitarbeit in einer Fraktion und der gleichzeitige Aufbau eines Gegenprojektes verbieten. Mit dem heutigen Tag steht fest, dass wir politisch getrennte Wege gehen. Wir werden alle weiteren Schritte unter Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten der Linksfraktion im Bundestag in Absprache mit der Linksfraktion einleiten.
2. Wir fordern alle Abgeordneten, die sich an „BSW“ beteiligen auf, ihre durch DIE LINKE errungenen Mandate niederzulegen. Sie zu behalten wäre ein unmoralischer „Diebstahl“. Die Mandate verdanken sie der LINKEN und dem Wahlkampf ihrer Tausenden Mitglieder. Damit würden auch die Fraktion und die damit verbundenen Arbeitsplätze der Beschäftigten gesichert. Das ist ein Gebot des Anstandes. Ausstehende Mandatsträgerbeiträge werden wir einklagen.
3. Wir haben Wichtiges zu tun. Wir machen uns gemeinsam mit Bündnispartnern, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Bewegungen stark gegen die rechte Symbolpolitik und den Kürzungs- und Aufrüstungskurs der Bundesregierung.
4. Unser Comeback beginnt heute. Mit aller Kraft kämpfen wir für eine erfolgreiche LINKE bei der Europawahl. Gemeinsam arbeiten wir für ein gutes Ergebnis unserer Partei bei den Kommunalwahlen in neun Bundesländern. Wir unterstützen DIE LINKE. Thüringen und unseren Ministerpräsidenten Bodo Ramelow sowie DIE LINKE in Brandenburg und Sachsen bei den Landtagswahlen, die nicht nur für uns von überregionaler Bedeutung sein werden. Das ist der Grundstein für einen erfolgreichen Antritt der LINKEN bei der Bundestagswahl 2025.
5. Wir laden ein: Wir starten eine Mitgliederoffensive, erneuern uns und schärfen unser Profil. Wir laden alle Menschen, die eine soziale Alternative zum Rechtsruck und der verheerenden Politik der Ampel wollen, ein, jetzt

bei uns mitzumachen. Mit unserem Plan 25 machen wir die Partei attraktiv für neue Mitglieder und erfolgreich in den gesellschaftlichen Kämpfen.

Beschluss des Parteivorstandes vom 24.10., unterstützt vom Präsidium des Bundesausschusses und von allen Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE:



DIE LINKE ist und bleibt die einzige glaubwürdige **soziale Opposition**. Wir kämpfen im Interesse der Mehrheit in diesem Land für Solidarität und Gerechtigkeit, sozialen Klimaschutz, friedliche und zivile Konfliktlösungen. DIE LINKE bleibt stabil, wir stemmen uns gegen den Rechtsruck im Land.

Jetzt haben wir Klarheit: Mehrere Bundestagsabgeordnete um Sahra Wagenknecht haben ihren Austritt aus der LINKEN erklärt und die Gründung einer neuen Partei angekündigt. Damit ist endlich Schluss mit einer **monatelangen Hängepartie**. Martin Schirdewan kritisiert diese Abkehr von der LINKEN in der aktuellen Pressekonferenz als "völlig unverantwortlich". Denn wer in dieser Zeit gesellschaftlicher Krisen die Partei verlässt, anstatt in Gremien und auf Parteitag um Mehrheiten zu ringen und sich offen zeigt für Unternehmensspenden, der stellt persönlichen Ehrgeiz über eine starke linke Opposition.

Dabei kommt es jetzt auf eine entschlossene LINKE an, die gegen soziale Spaltung und gegen die verheerende Politik der Ampel-Regierung kämpft. Nur linke Politik kann die nötige **Veränderung** schaffen und Frieden und Freiheit, Klimagerechtigkeit und Beschäftigung, soziale Sicherheit und Demokratie sichern. In Zeiten der Unsicherheit braucht es linke Antworten, nicht unverantwortliche Egotrips. ...
(Webseite des LV Hamburg)

In Anbetracht der aktuellen Situation der Partei habe ich mich entschlossen, den kompletten Beschluss des Bundesvorstands abzdrukken, damit er auch unsere Mitglieder ohne Internet erreicht. (besel)

Eine Geschichte des Antisemitismus

Die gut recherchierte, vierteilige Dokumentation von Autor und Regisseur Jonathan Hayoun und Co-Autorin Judith Cohen Solal zeichnet eine Geschichte voller antijüdischer Gewalt, Anfeindung und Ausgrenzung.

Die Frage nach dem Beginn des Antisemitismus führt durch die Anfänge in Alexandria, das erste Pogrom in Granada, die Kreuzzüge, über die erste „Judennase“ in der christlichen Malerei, Judenhass als politisches Werkzeug, bis hin zum Klischee des „reichen, wuchertreibenden Juden“.

Die Epoche nach dem Holocaust, die im vierten Teil der Dokumentation beleuchtet wird, widmet sich der Aufsplitterung in rechtsextreme Holocaustleugner, islamistischen und linken Antisemitismus. Diese Dokumentation ist aufschlussreich und erschreckend zugleich und in der ARTE-Mediathek bis zum 11.2.24. verfügbar.

Sven-Friedrich Wiese

Gedenken an die Opfer der Pogromnacht vor 85 Jahren

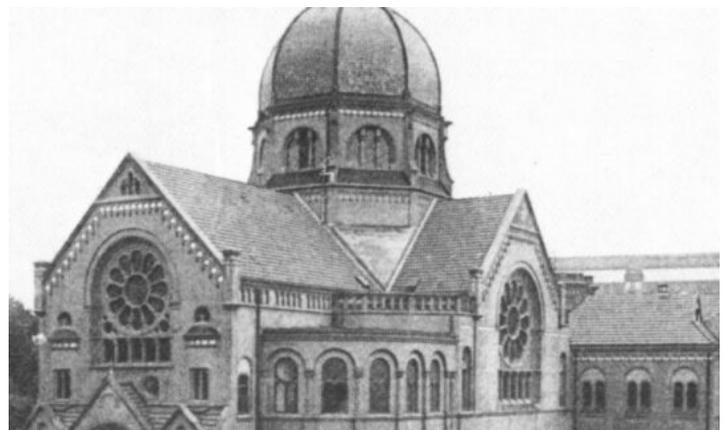
Donnerstag 9. November 14:30-15:30
Joseph-Carlebach-Platz

Wir gedenken der ermordeten Jüd:innen der Pogromnacht vom 9. November 1938. In ganz Deutschland zündeten die Nazis Synagogen an. Auch die Bornplatz-Synagoge am Joseph-Carlebach-Platz in der Nähe der Universität Hamburg wurde Opfer des Pogroms. Das Bethaus war bis 1938 das Wahrzeichen jüdischen Lebens in der Hansestadt, das größte jüdische Gotteshaus Norddeutschlands.

Redner:innen:

- Michael Batz
- Sandra Goldschmidt
- Pastor Sieghard Wilm

Moderation: Traute Springer-Yakar



Eine Veranstaltung von VVN-BdA Hamburg, Jüdische Gemeinde in Hamburg und Universität Hamburg.

Gedenken: Gegen das Vergessen

Eine Veranstaltung des Auschwitz-Komitees zur Pogromnacht 1938

Mit

- Prof. Dr. Detlef Garbe (ehem. Leiter KZ-Gedenkstätte Neuengamme)
- Cornelia Kerth (Bundesvorsitzende der VVN-BdA)
- zivilgesellschaftliche Initiativen zur Erinnerungskultur
- Mitgliedern des Auschwitz-Komitees

Musik: Bejarano & Microphone Mafia mit Lina Brinkmann als Gast

Hörsaal des FB Sozialökonomie (Von-Melle-Park 9).

Mit dem Rollstuhl erreichbar.

Hinweis: Die Veranstaltung wird aufgezeichnet und erscheint unter www.auschwitz-komitee-de

Do 9. NOV '23 19.30 Uhr Von-Melle-Park 9

Bild: Toreinfahrt Auschwitz-Birkenau

GEGEN DAS VERGESSEN
Veranstaltung des Auschwitz-Komitees zur Pogromnacht 1938

(Quelle für beide Veranstaltungshinweise:
<https://hamburg.vvn-bda.de/events/>)

16. Oktober 2023: **Senior*innenpolitischer Brunch im Rathaus**



Weit über 50 Senior*innen waren beim senior*innenpolitischen Brunch der Linksfraktion im Hamburger Rathaus. Eingeladen hatte **Deniz Celik**, senior*innenpolitischer Sprecher der Fraktion.

< Foto: Fraktion

Prof. Dr. Timm Kunstreich berichtete über Alters- und Quartierszentren in München und die geplante „Stadtteilgenossenschaft“ in Horn. Es gab lebhafte Diskussionen über die Teilhabe am guten Leben im Alter: einen barrierefreien und erschwinglichen öffentlichen Nahverkehr, sowohl Zugang zur Digitalisierung als auch das Recht auf analoge Teilhabe, genügend öffentliche Toiletten und Trinkwasserbrunnen, erschwingliche und altersgerechte/barrierefreie Wohnungen, sowie viele weitere Themen.

Wir danken allen, die gekommen sind für den fruchtbaren und lebhaften Austausch und freuen uns auf's nächste Mal!
(Webseite der Fraktion)

Infostände der AG Senior*innen Politik am 6.10.2023

Im Zusammenhang mit dem Tag der älteren Menschen (1.10.) wurden durch die AG Senior*innen Politik der Hamburger Linken 3 Infostände initiiert. Ein Infostand fand in Eimsbüttel (Eidelstedt) statt. Die beiden anderen wurden in Hamburg-Mitte durchgeführt, nämlich in Billstedt und Wilhelmsburg. Bei schlechtem Wetter versuchten wir, die senior*innenpolitischen Ziele der LINKEN den Besucher*innen nahezubringen. Dringend nötig ein Inflationsausgleich und ein 29 Euro Deutschlandticket für Rentner*innen. Ein Dank an unseren Senior*innenpolitischen Sprecher der Bürgerschaftsfraktion Deniz Celik, der an allen 3 Infoständen nacheinander teilgenommen hat.

fang. Es reicht eben nicht, wenn der Landesseni- or*innenbeirat rund um den 1.10. zu einer schönen Festveranstaltung einlädt und die Beiräte und Delegierten zwei Stunden lang zu getextet werden, natürlich ohne Diskussion. Die Themen der älteren Menschen müssen angepackt werden, und dazu müssen wir erst mal mit den Menschen ins Gespräch kommen, auf der Straße und im Rathaus.



Bernhard, Deniz, Wolfgang und Maureen im Billstedter Nieselregen

Auch wenn wir wetterbedingt weniger Menschen erreicht haben als erhofft, so ist es doch ein An-



Verena, Ronald, Deniz und Sven-Friedrich am Bertha-Kröger-Platz

Beide Aktionen wird es auch 2024 geben, das ist beschlossene Sache.

Für die bezirkliche AG:

Wolfgang Strauß und Bernhard Stietz-Leipnitz

Nachruf Willi Mittelstädt *26.5.1941 +13.8.2023

So wie auf diesem Foto hat man Willi viele Jahre in Billstedt gesehen. Vor dem Einkaufszentrum Billstedt am ersten Ausgang zum Billstedter Markt, stand Willi und verteilte Werbung für DIE LINKE und zusätzlich das Grundgesetz. Dies wurde von einigen Ordnungshütern nicht gern gesehen, die ihm dies untersagten. Aber so etwas macht man nicht mit einem Willi Mittelstädt. Er wandte sich an den Petitionsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft und erhielt natürlich recht.



Von da an wurde Willi immer sehr freundlich von den Ordnungshütern auf dem Billstedter Marktplatz behandelt.



Willi am Infostand, Foto: BO Billstedt

Insofern wurde der Artikel 5 im Grundgesetz auf dem Billstedter Marktplatz endlich durchgesetzt. Willi liebte es das Grundgesetz zu zitieren und damit auf Widersprüche im Handeln von Perso-

nen der Staatsgewalt und Politiker*innen hinzuweisen.

Willi war nie Mitglied in der Partei DIE LINKE. Trotzdem hat er sich viele Jahre für unsere Partei sehr engagiert. So unterstützte er uns bei vielen Infoständen. Seine humorvolle und manchmal etwas kauzige Art kam gut an bei den Besuchern der Infostände.



Willi immer zu einem Scherz aufgelegt. So wurde „die Eilende“ auf dem Billstedter Marktplatz mit einer Tasche von DIE LINKE dekoriert.

Neben seinen öffentlichen Auftritten pflegte er auch einen intensiven Mailkontakt mit etlichen Persönlichkeiten der Politik und einer Gruppe von Freunden, die jeweils Kopien seiner E-Mails erhielten. Ein Beispiel einer dieser Mails ist an Jan Korte (Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion von DIE LINKE), der den Skandal im Thüringer Landtag 2020 von CDU, AfD und FDP kritisiert hatte, gerichtet.

*Lieber Herr Korte,
die Freundschaft zwischen CDU und AfD dürfte doch einem Politik-Profi wie Ihnen bekannt sein. Adenauer hielt doch eine Menge von den Menschen aus Deutschlands Vergangenheit. Im Grundgesetz haben wir den Artikel 131, der den Menschen von der Vergangenheit ungehinderten Zugang in den öffentlichen Dienst ermöglichte. Ich hatte zwei Lehrer, die von der Vergangenheit schwärmten und dem Führer böse waren, dass der Krieg vorbei war. Kiesinger und Filbinger waren „Ehrenmänner“.*

In Hamburg wurden 12 oder 15 Kinder kurz vor Kriegsende ermordet. Bis auf einen schnappten die Engländer die Mörder und erschossen sie. Der eine kam unter schon deutschen Gesetzen in Haft und wurde entlassen mit der Begründung durch den Staatsanwalt: „Die Kinder verloren nicht mehr, als ihr Leben“. Dieser Nazi-Mörder bekam die bis dahin höchste Haftentschädigung und der verantwortliche Staatsanwalt wurde

oberster Staatsanwalt nach der Wende in Mecklenburg-Vorpommern und schulte die „DDR-Unrechtsjuristen“ auf das gute Westdeutsche Recht.

In der Schule am Bullenhuser Damm ist dies alles für die Nachwelt dokumentiert. Auch etwa 25 sowjetische Soldaten wurden dort von der SS oder SA erschossen.

Warum wundern Sie sich über das Zusammenspiel von CDU und AfD mit der FDP?

Tarifrunde 2023 Öffentlicher Dienst Länder - Inflationsausgleich gefordert!

Mit einer gemeinsamen Tarifforderung nach "10,5 % mehr Gehalt, mindestens 500 Euro, für die Auszubildenden 200 Euro, Laufzeit 12 Monaten - Übertragung auf die Beamtenbesoldung" eröffneten am 10. Oktober die Gewerkschaften Verdi, in Einzelbereichen die GEW und der Deutsche Beamtenbund die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst der Länder.

Dieses sind in Hamburg z.B. die Bezirksämter, alle Senatsbehörden und hat Auswirkungen auf Bereiche, vor allem Sozialeinrichtungen, die - analog - der Tarifiergebnisse ihre Beschäftigten bezahlen. Auch auf die Verbesserungen für die Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE), die die Gewerkschaften im vergangenen Jahr erkämpft haben (Eingruppierungen), warten die Erzieherinnen und Sozialpädagogen auf Länderebene noch immer. Das Studentische Hilfspersonal kämpft weiterhin für einen eigenen Tarifvertrag - dem TV Stud. Bundesweit sind rund 1,2 Mill. Angestellte plus Beamte - insgesamt über 3 Millionen Beschäftigte betroffen.

Für **Berlin, Hamburg und Bremen** wird eine **Stadtstaatszulage von 300 Euro zusätzlich** gefordert!



Dressel, wir kommen! Die Bescheidenheit ist vorbei!
Foto: ver.di

Mit der außerdem geforderten Stadtstaatszulage lehnt sich Verdi an eine ähnliche Zulage an, die

Solidarische Grüße sendet Ihnen
Willi Mittelstädt, Geestwieter 1, 22111 Hamburg

Lieber Willi, du wirst uns im Gedächtnis bleiben. Dein unruhiger Geist ist jetzt zur Ruhe gekommen. Dein schelmisches Lächeln werden wir vermissen.

R.I.P.

Für die BO-Billstedt
Wolfgang Strauß Maureen Schwalke
Uwe Everding-Böhm Bernd Forkel

Berlin seinen Beschäftigten seit 2020 gewährt – und durch die es damals die anderen Länder verärgerte: Wegen einseitigen Abweichens vom gemeinsamen Tarifstandard entzog die TdL seinem Mitglied Berlin das Stimmrecht. „Die Inflation hat den Beschäftigten in den vergangenen zwei Jahren seit dem bisher letzten Tarifabschluss einen Rucksack gepackt, für den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jetzt Entlastung brauchen. Die Preise steigen aktuell zwar etwas langsamer, aber die Inflation macht keine Pause. Die Lebenshaltungskosten nagen kräftig am Einkommen: Essen, Trinken, Miete“, betonte Maike Finern (GEW-Bundesvorsitzende). „Der Abschluss für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen vom Frühling hat einen Maßstab gesetzt, an dem sich die Länderarbeitgeber orientieren müssen. Frank Wernecke von Verdi sieht die "Belastungsgrenze" in vielen öffentlichen Einrichtungen überschritten. 300.000 Stellen seien im gesamten Öffentlichen Dienst unbesetzt, die Landesbeschäftigten bildeten das Schlusslicht bei der Bezahlung". Der Hamburger Senat hat unlängst in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Sandro Kappe (CDU) mitgeteilt, dass 4.267 Stellen in der Hamburger Verwaltung unbesetzt sind. Seit April 2023 sind demnach mehr als 221 unbesetzte Stellen dazugekommen, die Tendenz ist also steigend. Pikanterweise ist in dieser Tarifrunde auf Arbeitgeberseite der Hamburger Finanzsenator, Andreas Dressel (SPD), der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL). Gleich in der ersten Verhandlungsrunde entgegnete er, dass die Forderungen die Leistungsfähigkeit der Länder übersteigen würde. Zwar gebe es "**erheblichen Fachkräftebedarf**", und die Länder sollten **auch nicht hinter Bund und Kommune hinterhinken**. Er rechnet den Gewerkschaften vor, dass dann die Monatsgehälter noch in diesem Jahr um bis zu 23,9 Prozent angehoben würden. Zähle man ihre Forderung nach einer neuen

Stadtstaatenzulage von 300 Euro mit, dann summiere sich die geforderte Erhöhung in den unteren Tarifgruppen sogar auf 38,2 Prozent. Er bezifferte das Gesamtvolumen der Tarifforderung auf 20,7 Milliarden Euro. Die Steuereinnahmen würden gerade bröckeln. Die Haushalte seien knapp bemessen, die Aufgaben aber groß. Die Länder stünden überdies in harten finanziellen Auseinandersetzungen mit dem Bund.

"Die Forderung blendet die dramatische, sich gerade jetzt zuspitzende Haushaltslage vieler Länder leider aus. Die Länder müssen gerade in diesen Krisenzeiten weiter handlungsfähig bleiben. Angesichts dieser besonders herausfordernden Ausgangslage erwarte ich äußerst schwierige Verhandlungen", erklärte Dressel. Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) verwies auf den Anteil von 34 Prozent Personalkosten bei den Länderhaushalten. Käme es hier zu "überproportional hohen Steigerungen", würde es schwierig für den Rest - etwa bei der Unterstützung der ebenfalls hochbelasteten Kommunen.

Welche Rolle spielt der Abschluss von Bund und Kommunen?

Im Tarifstreit stand nach monatelangem Ringen und einer Schlichtung für Bund und Kommunen im April ein Ergebnis fest. Demnach wurden unter anderem steuer- und abgabenfreie Sonderzah-

lungen von insgesamt 3.000 Euro, ein Sockelbetrag von 200 Euro sowie anschließend 5,5 Prozent mehr vereinbart. Eine Übernahme ist möglich, aber nicht zwingend: "Natürlich wird das eine Orientierungsmarke sein", gesteht TdL-Chef Dressel zu. Werneke begründet die gleichlautende Forderung der Länder mit dem Ziel "möglichst einheitlicher Bedingungen" im gesamten öffentlichen Dienst.

Um eine Übernahme der Vereinbarung dürfte hart gerungen werden. Werneke sagt: "Ich befürchte, dass die Arbeitgeber an allen Stellen Abweichungen nach unten haben wollen." Dressel meint, die Gewerkschaftsseite werde ein "TVöD-Plus" anstreben - also auf den Abschluss für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen noch etwas obendrauf haben wollen. Die Arbeitgeber wollen darunter bleiben.

Wie sind die Perspektiven für die Verhandlungen?

"Das Ziel ist es, das wir vor Weihnachten durch sein wollen", sagt Dressel. Ein Ergebnis könnte es bei der dritten Verhandlungsrunde am 7. und 8. Dezember in Potsdam geben. Eine Schlichtung gäbe es bei einem Scheitern in dieser Runde nicht, denn eine entsprechende Vereinbarung beider Seiten fehlt. Werneke sagt: "Käme es zu keinem Ergebnis im Dezember, wären weitere Verhandlungstermine absolut notwendig."

„Mit Mut und Ausdauer für existenzsichernde Einkommen im Handel“

Mit diesem Slogan haben am 27. Oktober 2023 wieder zehntausende Beschäftigte im Einzel-, Groß- und Außenhandel ihre Wut bundesweit auf die Straße gebracht.



Beschäftigte von Primark im Streik, Foto: ver.di

In der laufenden Tarifrunde rief die **Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di)** erneut zu Streiks bis vorerst zum 4.11.2023 auf. Sollte es nicht umgehend zu Einigungen kommen, könnten diese sich auch auf das sogenannte "Weihnachtsgeschäft" auswirken.

Verdi hat in Hamburg unter anderem die Beschäftigten bei H&M, Ikea, Primark, Rewe/Penny, Zara, TK Maxx, Kaufland, das Alsterhaus sowie Thalia und Douglas zum Warnstreik aufgerufen. Betroffen sind auch Beschäftigte aus dem Pharmahandel (Sanacorp, Gehe und Phoenix), aus dem Stahlhandel (Heinrich Schütt und Carl Spaeter) sowie Mitarbeitende von Autoteile Matthes, Metro und Handelshof.

Wer dort nicht gerade einkaufen möchte, wird die Streikenden kaum bemerken, da die Aktionen vor den Geschäften meist vormittags stattfinden. Eine Schließung/Blockade - außerhalb von Auslieferungszentren - ist kaum durchsetzbar. Und wenn zu wenig Verkaufspersonal am Streiktag vorhanden ist, wundert der Käufer sich nur über den schlechten "Service" (wie es mir am Freitag bei Thalia aufgefallen ist).

Nach über einen halben Jahr Tarifverhandlungen in 13 Tarifgebieten (fast jedes Bundesland einzeln) gibt es weder einen Tarifabschluss noch ein verbessertes Angebot von den Arbeitgebern, daran haben auch die Verhandlungen in der letzten

Woche in mehreren Bundesländern nichts geändert. Das Angebot der Arbeitgeber aus dem Sommer ist völlig unzureichend.

„Die Beschäftigten warten seit einem halben Jahr auf nachhaltige, tabellenwirksame Tarifsteigerungen“, so **Silke Zimmer**, das für den Handel zuständige ver.di-Vorstandsmitglied. „Die Arbeitgeber im Einzelhandel wollen Teile der tabellenwirksamen Tarifierhöhungen an die Entwicklung der Inflation 2024 binden. Sie übertragen damit das wirtschaftliche Risiko auf die Beschäftigten. Wenn sie zudem ankündigen, diese Entgelterhöhungen erst im Februar 2025 zahlen zu wollen, dann bitten sie die Kolleginnen und Kollegen auch noch, in Vorleistung zu gehen. Das ist ein Unding“, sagte Zimmer.

Eine Verkäuferin mit 130 Stunden im Monat erhält rund 2.265 Euro brutto, ein Kommissionierer im Großhandel in Sachsen 2.358 Euro. Diese beiden Beispiele machen deutlich, dass Handelsbeschäftigte aktuell schon nicht wissen, wovon sie die gestiegenen Preise für Lebensmittel, Miete, Strom und Benzin bezahlen sollen. Sie haben oft auch keine Rücklagen auf die sie zurückgreifen können. „Die Beschäftigten brauchen jetzt mehr Geld im Portemonnaie, um die durch die hohe Inflation entstandenen massiven Reallohnverluste auszugleichen. Sie brauchen nicht eventuell mehr Geld zum Jahresende 2025“, sagte Zimmer.

Für 2023 bieten die **Arbeitgeber** ab 1.8.2023 - nach drei Nullmonaten - eine tabellenwirksame Erhöhung von durchschnittlich 5,3 Prozent im Einzelhandel und nach vier Nullmonaten von 5,1 Prozent im Groß- und Außenhandel an. Der tarifliche Mindestlohn soll 13 Euro - und ab 1.5.2024 13,50 Euro betragen, Erhöhung der Auszubildendenvergütungen um 50 Euro ab 01.09.2023. Zudem soll es im Monat nach dem Abschluss eine Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 450 Euro (bei Teilzeit anteilig und für Auszubildende 200 Euro) geben. Das Angebot für 2024 fällt noch niedriger aus. Es sieht lediglich eine Erhöhung von 3,1 % ab 1.5.2023 vor, Laufzeit 24 Monate.

Ver.di fordert in der Tarifrunde 2023 im Einzelhandel 2,50 Euro mehr Lohn und Gehalt pro Stunde. Die Auszubildendenvergütungen sollen je nach Tarifgebiet zwischen 200 Euro und 250 Euro

angehoben werden. Die Laufzeit des Tarifvertrages soll 12 Monate betragen. Darüber hinaus fordert die Gewerkschaft ein Mindestentgelt von 13,50 Euro pro Stunde. Im Groß- und Außenhandel fordert ver.di eine tabellenwirksame Entgelterhöhung von 13 Prozent, beziehungsweise 425 Euro je nach Tarifgebiet, für alle Beschäftigten. Die Auszubildendenvergütung soll je nach Tarifgebiet zwischen 175 Euro und 250 Euro steigen, bei einer Laufzeit von ebenfalls 12 Monaten.

Auf die Frage, ob das überhaupt leistbar sei angesichts des Umbruchs im Einzelhandel (mehr Verkäufe über das Internet, Schließung größerer Geschäfte wie von Karstadt/Galeria) sagt Heike Lattekamp, die in Hamburg auch Verhandlungsführerin ist: „Die Branche hat für das zurückliegende Jahr gute Umsätze gemeldet, daran müssen die Beschäftigten beteiligt werden. Es kann nicht angehen, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, im Einzelhandel sind das überwiegend Frauen, am Ende eine Rente unterhalb des Grundsicherungsniveaus erhalten. Die Einkommen müssen vor Altersarmut schützen! Die Arbeitgeber böten nach 5 Verhandlungsrunden nur Reallohnverluste“ ver.di fordert deshalb auch ein rentenfestes Mindestgehalt von 13,50 pro Stunde.

Die Inflation lag im August bei rund 6,1 Prozent.

Wie aus einer neuen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hervorgeht. Ist Hamburg Spitzenreiter bei den Lebenshaltungskosten (insbesondere bei den Mieten). Verglichen mit dem bundesweiten Durchschnitt liegen demnach diese in Hamburg um 11,5 Prozent höher, allerdings noch fast 11 Prozent unter der teuersten deutschen Metropole München.

Die nächsten Verhandlungsrunden finden im Groß- und Außenhandel am 30. Oktober 2023 in Hessen und für den Einzelhandel am 1. November 2023 in Mecklenburg-Vorpommern statt. Sollte es in mehreren Bundesländern zu Abschlüssen kommen, gelten diese - in der Regel - als Richtschnur für die Abschlüsse in den verbleibenden.

Verena Brachvogel
unter Nutzung der Tarif-Infos der Gewerkschaft Ver.di

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 07.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 9.11., 14:30 und 19:30 Uhr

Mahnwache und Gedenkveranstaltung
(siehe Seite 4)

Montag, 13.11., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 15.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 16.11., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo und BO Billstedt**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 16.11., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Restaurant Romana" (Nebenraum),
Schulterblatt 53

Donnerstag, 23.11., 17:30 Uhr;

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung
Sitzungssaal Caffamacherreihe 1-3-, 11.OG

Dezember 2023

Dienstag, 05.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Termin noch nicht festgelegt:

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo und BO Billstedt**
Büro Borgfelder Str. 83

Mittwoch, 20.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Donnerstag, 21.12., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
vorauss. "Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Sozialberatung von Quentin Villwock:
- fällt erst mal weiter aus -

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer	0179 922 60 59	rhitt@gmx.net
Jörg Otto		
Suna Sahin		
Norbert Weber		
Petra Zepter	0176 458 13 959	petra.zepter@posteo.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/		
Im Netz: http://www.die-linke-hamburg-mitte.de		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

Auf
Recht
bestehen

Der Armut endlich den Kampf ansagen!

Die Armut in der Bundesrepublik wächst rasant. Diese Tatsache ist skandalös. Immer größere Teile der Bevölkerung sind nicht mehr oder kaum noch in der Lage, mit ihrem Geld über den Monat zu kommen. Obwohl sich die offizielle Inflationsrate abgeschwächt hat, bleiben die Preise hoch, insbesondere für Nahrungsmittel und Energie. Der europäischen Statistikbehörde Eurostat zufolge sind über elf Prozent der Menschen in Deutschland nicht imstande, sich zumindest jeden zweiten Tag vollwertig und gesund zu ernähren.

Existenzielle Not und Armut wachsen rasant

Ein Fünftel der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist arm oder „armutsgefährdet“, Kinder und Jugendliche betrifft dies sogar zu fast einem Viertel. Rund 7,5 Millionen Beschäftigte hängen im Niedriglohnssektor fest und offiziell 19 Prozent der Rentner*innen sind von Altersarmut betroffen.

Neben der Inflation steigen die Mieten in unbekannte Höhen. Die Wohnungsnot nimmt massiv zu. Sozialwohnungen bzw. „bezahlbaren Wohnraum“ gibt es nicht nur in Ballungsräumen kaum noch. Elf Millionen Mieterhaushalten mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein stehen nur eine Million Sozialwohnungen gegenüber. Obwohl das Problem nicht neu ist, werden selbst einfachste Maßnahmen gegen Spekulation mit Wohnraum nicht ergriffen, was die Lage weiter verschärft.

Die Lage von Millionen Menschen ist von existenzieller Not geprägt. Und was tut die Bundesregierung? Immerhin hatte sie vor ihrer Amtsübernahme noch verkündet, zumindest das menschenverachtende Hartz IV-System durch ein Bürgergeld „überwinden“ zu wollen und außerdem die Kinderarmut mit einer „Kindergrundsicherung“ zu bekämpfen, wenn nicht gar abzuschaffen. Beide zentralen sozialpolitischen Zusagen sind jedoch im Wesentlichen zu einer Farce verkommen. Das Bürgergeld hat sich trotz einiger Verbesserungen im Kern als bloße Umetikettierung von Hartz IV erwiesen. Die Kindergrundsicherung, auf deren Zustandekommen die zuständige Bundesfamilienministerin „stolz“ sein will, ist mit einer vorgesehenen Finanzierung von läppischen 2,4 Milliarden Euro ein Hohn und wird statt auf die angekündigte Bekämpfung der Kinderarmut auf eine reine Verwaltungsreform hinauslaufen.

Statt entsprechend ihrem Versprechen, die soziale Lage zu verbessern, verschlimmert die Bundesregierung sie durch die geplanten Kürzungen im Bereich der sozialen Infrastruktur. Statt z.B. die Mittel für die Qualifizierung Erwerbsloser in den Haushalt einzustellen, werden diese von Teilen der Politik und der Medien für ihre Lage selbst verantwortlich gemacht und als „Arbeitsverweigerer“ abgekanzelt. Hierbei wird vorsätzlich mit falschen Zahlen gearbeitet zum Beispiel bei der Aussage, dass Arbeiten sich nicht lohnen würde. Andererseits wird einer Erhöhung des Mindestlohns die Zustimmung verweigert.

Kürzungspolitik ist Angriff auf den Sozialstaat

Mit ihrem kürzlich dem Bundestag vorgelegten Haushaltsentwurf für 2024 hat die sich als „Fortschrittskoalition“ inszenierende Ampelregierung nunmehr einen Großangriff auf die Fundamente der sozialstaatlichen Errungenschaften eingeleitet:

Während ein Fünftel aller geplanten staatlichen Ausgaben in militärische Zwecke fließen, ist insbesondere der Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich von enormen Kürzungen und Einsparungen betroffen. So ist u.a. vorgesehen, beim Wohngeld um 16 Prozent zu kürzen, beim BAföG um ganze 24 Prozent, beim Bundesfreiwilligendienst (BFD) fallen 35.000 BFD-Stellen dem Rotstift zum Opfer. Bei der Migrationsberatung sollen 33 Prozent, bei den Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten sogar 77 Prozent gekürzt werden.

Wir wenden uns gegen die Politik der Schuldenbremse, die genutzt wird für den Angriff auf den Sozialstaat und als Begründung für mangelnde Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge dient. Wie unglaublich das ist, zeigt unter anderem das 100-Milliarden-„Sondervermögen“ für die Bundeswehr (Schattenhaushalt). Hartnäckig verweigert die Bundesregierung dagegen Steuererhöhungen auf unter anderem große Vermögen und Erbschaften.

Die geplante Kürzungspolitik im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich ist ein Angriff auf den Sozialstaat, der uns alle betrifft! Ohne sozialen Zusammenhalt werden Grundfesten der Demokratien untergraben und damit rechten Kräften Vorschub geleistet.

Wir können diesen Angriff nur gemeinsam abwehren. Organisiert Euch und kommt mit uns auf die Straße: Ein klares Nein gegen diese Politik!

Wir fordern:

- Rücknahme aller Kürzungen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich
- Sofortige Erhöhung der Grundsicherungsleistungen für alle hier Lebenden und Übernahme der Energiekosten in voller Höhe
- Eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder und Jugendliche wirksam aus der Armut holt
- Deutliche Erhöhung des Mindestlohns und eine armutsfeste Mindestrente
- Ausgrenzungen und Diskriminierungen verhindern: Migrationsberatung ausbauen statt kürzen
- Ausbau der Daseinsvorsorge statt Kürzung und Privatisierung
- Förderung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums, insbesondere von Sozialwohnungen, und einen wirksamen Mietenstopp
- Krankenhausschließungen verhindern - stattdessen Rekommunalisierung von Kranken- und Pflegeeinrichtungen

Hamburg traut sich was lädt ein zur Veranstaltung und Podiumsdiskussion - **Zahlungsaufforderung** - Das Geld reicht nicht zum Leben - am **23.11.2023** um **18:30 Uhr** im **Centro Sociale**, Sternstraße 2 in 20357 Hamburg.

Was ist vom Hamburger Senat und den politisch Verantwortlichen zu fordern, um die Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums hier und jetzt anzugehen?

Das diskutieren wir am 23.11. mit unseren Gästen und den Teilnehmer:innen der Veranstaltung aus Wissenschaft, Politik und sozialen Bewegungen.

Wir freuen uns auf unsere Gäste: **Herr Prof. Dr. Ansen** (HAW Hamburg), **Frau Behrens** (Aktivistin bei #ichbinarmutsbetroffen), **Frau Lotzkat** (Staatsrätin der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration), **Frau Martens** (SPD-Fraktion) und **Herr Görg** (Die Grünen-Fraktion) und ganz besonders auf einen einführenden Beitrag von Herrn Ansen.

(Flugblatttext und Veranstaltungshinweis zur Verfügung gestellt von Verena Brachvogel)